allensbacher berichte

Institut
für Demoskopie
Allensbach

2003 / Nr. 20

VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES GESUNDHEITSSYSTEMS
Die Bevölkerung findet kaum etwas zumutbar

Allensbach am Bodensee, Ende August 2003 - Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung geht davon aus, daß die Reformvorschläge für das Gesundheitssystem aus der Arbeitsgruppe unter Ulla Schmidt und Horst Seehofer keinen Erfolg haben werden. Die meisten Befragten (89 Prozent) haben von diesen Reformvorschlägen gehört. Eine gute Meinung davon haben aber nur ganz wenige (8 Prozent). 68 Prozent derjenigen, die über die zwischen der Regierung und der CDU/CSU-Opposition ausgehandelten Reformmaßnahmen Bescheid wissen, haben keine gute Meinung dazu.

www.ifd-allensbach.de
Porträt des Instituts - Leistungsspektrum - Aktuelle Studien

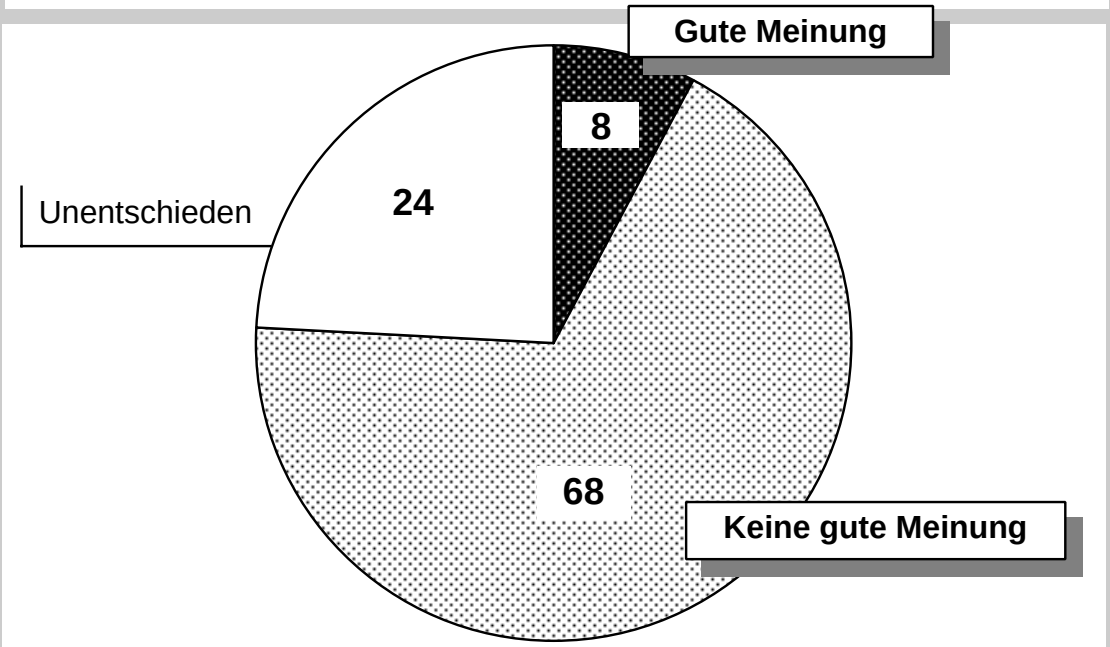
Belege an
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, 78472 Allensbach am Bodensee

Schmidt-Seehofer-Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens

FRAGE: "Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und dem CSU-Politiker Horst Seehofer hat kürzlich Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens vorgestellt. Wußten Sie das, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?" - "**Wußte davon" = 89 Prozent**

FRAGE (*an Personen, die über die Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens Bescheid wissen*) "Haben Sie von diesen Vorschlägen zur Reform des Gesundheitswesens alles in allem eine gute oder keine gute Meinung?"

in Prozent



Bevölkerung ab 16 Jahre
Personen, die über die Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens Bescheid wissen

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7045, August 2003

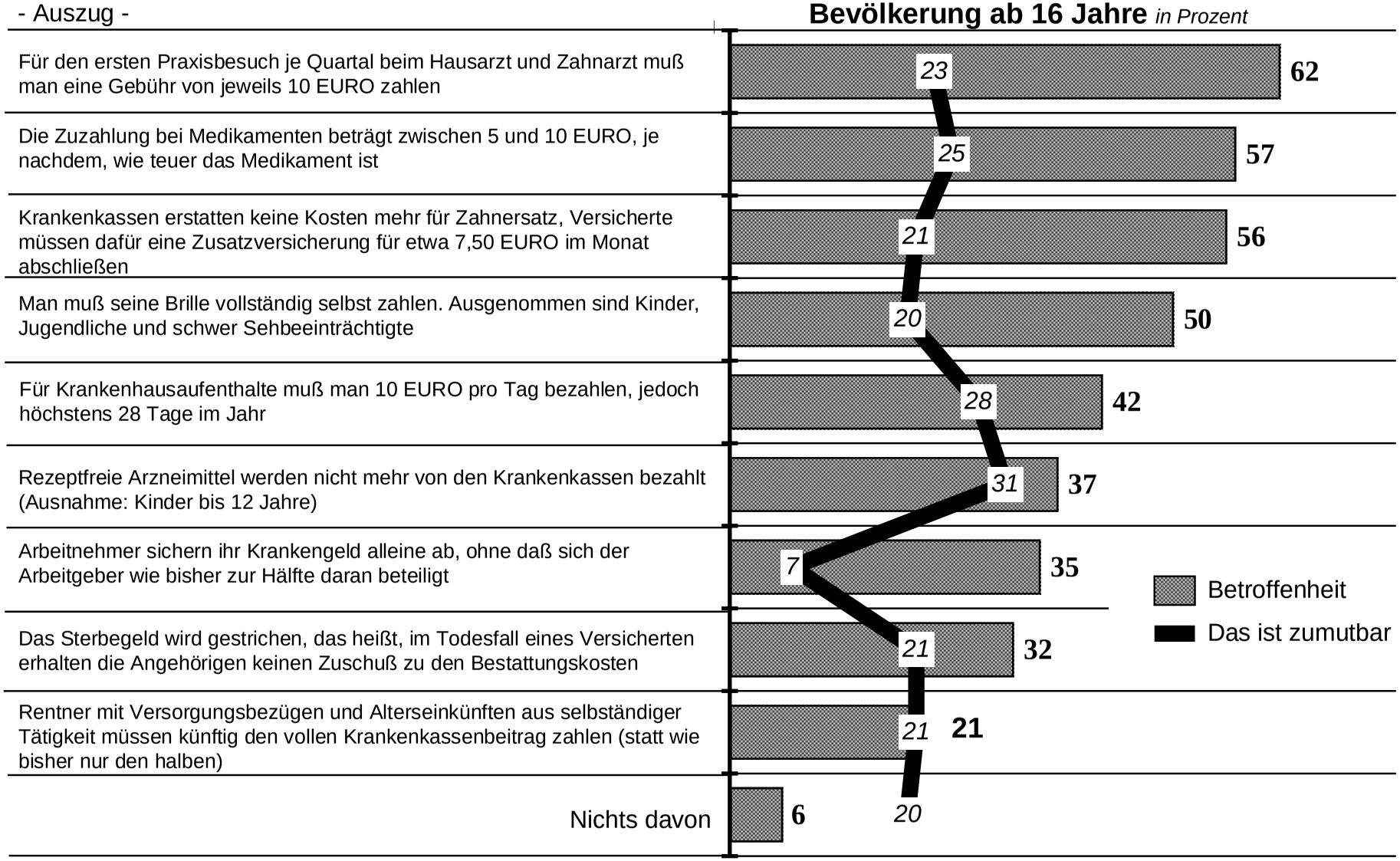
Unter all den Maßnahmen, auf die sich die Politik geeinigt hat, gibt es keine einzige, die mehr als ein Drittel der Bevölkerung für zumutbar halten würde. Am ehesten einverstanden sind die Befragten damit, daß die Krankenkassen rezeptfreie Arzneimittel nicht mehr bezahlen werden. Aber auch hier gibt es nur 31 Prozent, die diese Maßnahme für zumutbar halten. 28 Prozent sind damit einverstanden, daß man für Krankenhausaufenthalte pro Tag 10 EURO bezahlen soll. Am wenigsten Zustimmung findet der Vorschlag, daß Arbeitnehmer in Zukunft ihr Krankengeld alleine absichern sollen, daß heißt ohne daß sich die Arbeitgeber daran, wie bisher, zur Hälfte beteiligen. Jeder fünfte Befragte betont, daß er mit keiner einzigen der vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden ist.

Maßnahmen zur Reform des Gesundheitssystems -
Wer ist betroffen? Was ist zumutbar?

FRAGE: "Hier sind einige der geplanten Maßnahmen zur Reform des Gesundheitswesens aufgeschrieben. Womit sind Sie noch am ehesten einverstanden, was finden Sie zumutbar?" (*Vorlage einer Liste*)

FRAGE: "Von welchen der geplanten Maßnahmen werden Sie persönlich besonders betroffen sein?" (*Vorlage der Liste*)

- Auszug -



QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7045

Insgesamt beurteilen zwei Drittel der Befragten die Schmidt-Seehofer-Vorschläge als unausgewogen. Daß sie einseitig zu Lasten der gesetzlich Krankenversicherten gehen, glauben 64 Prozent. 62 Prozent sind der Ansicht, daß Kranke und Schwache davon zu sehr belastet werden. 47 Prozent stört am Gesamtpaket der Vorschläge, daß damit nichts Wesentliches am Gesundheitssystem verändert wird. Sie sind der Ansicht, daß das System von Grund auf erneuert werden müßte.

Nur 7 Prozent haben die Hoffnung, daß sich mit all diesen Maßnahmen das Gesundheitssystem tatsächlich stabilisieren lassen wird. Diese 7 Prozent sind es denn auch, die Einverständnis mit den bislang erarbeiteten Reformvorschlägen signalisieren.

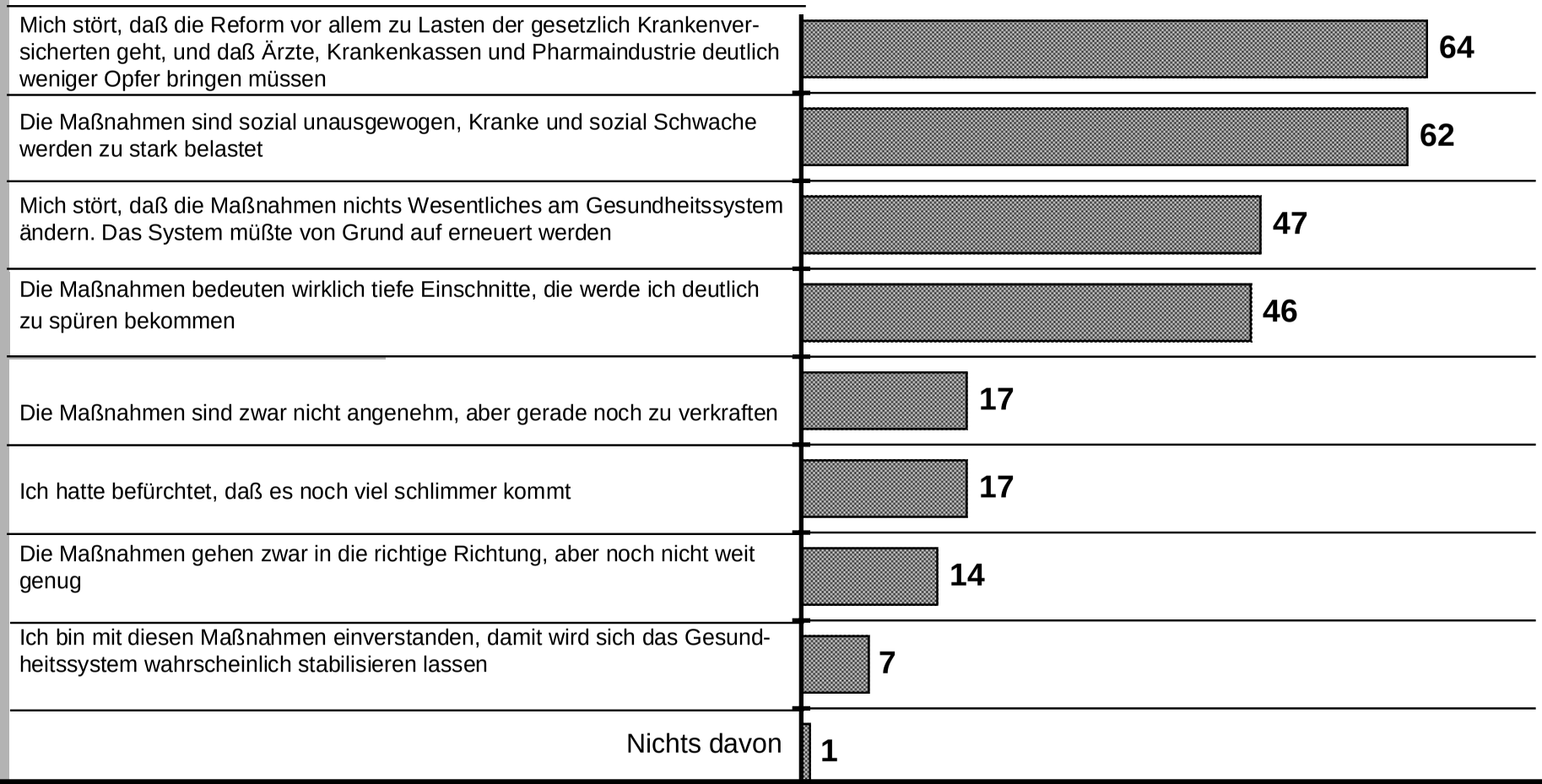
TECHNISCHE DATEN FÜR DIE REDAKTION

Anzahl der Befragten:	2092
Repräsentanz:	Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Zeitraum der Befragung:	1. bis 12. August 2003
Archiv-Nummer der Umfrage:	7045

Bei dieser Umfrage waren insgesamt 512 Interviewer eingesetzt.

Urteile über die Vorschläge zur Reform des Gesundheitssystems

FRAGE: "Hier haben wir einmal aufgeschrieben, was uns andere zu diesen Reformvorschlägen gesagt haben. Was davon würden auch Sie sagen?" (*Vorlage einer Liste*)



Bevölkerung ab 16 Jahre
Personen, die über die Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens Bescheid wissen

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7045